



## Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die  
öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses  
am 31.01.2007  
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

### Teilnehmer:

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Gerhard Holsten  
Abg. Heinz-Günter Bargfrede  
Abg. Günter Brunkhorst  
Abg. Dirk Detjen  
Abg. Klaus Dreyer  
Abg. Erich Gajdzik  
Abg. Heinz-Dieter Gebers  
Abg. Friedhelm Helberg  
Abg. Hinrich Kackmann  
Abg. Rudolf Kahrs  
Abg. Claus Riebesehl  
Abg. Detlef Steppat  
Abg.e Elke Twesten

#### Verwaltung:

Kreisrat Höhl  
VFA Bruns  
VA Panzer  
KHS Schlobohm

## Tagesordnung:

### a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Fianzausschusses am 27.11.2006
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2007 mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2007  
Vorlage: 2006-11/0118
- 6 Investitionsprogramm 2006 bis 2010 und Finanzplan 2006 bis 2010  
Vorlage: 2006-11/0119
- 7 Richtlinie für die Aufnahme von Krediten nach § 92 Abs. 1 Satz 2 NGO  
Vorlage: 2006-11/0120
- 8 Haushaltsüberschreitungen - Unterrichtung  
Vorlage: 2006-11/0066
- 9 Anfragen

### a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Vorsitzender Holsten** eröffnet um 14.30 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die Vertreter der Verwaltung und als Zuhörer den Kreistagsabgeordneten Blanken sowie die Vertreter der örtlichen Presse.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Verwaltung bittet den öffentlichen Teil der Tagesordnung um den Punkt 9 „Anfragen“ zu ergänzen. Unter Berücksichtigung dieser Änderung wird die Tagesordnung einstimmig in vorstehender Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Fianzausschusses am 27.11.2006**

---

**Abg. Helberg** bittet um eine weitere Erläuterung der von ihm am 27.11.2006 gestellten Fragen zum Thema Heimatbund Rotenburg im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

## **Beschluss:**

Die Niederschrift über die 1. Sitzung des Finanzausschusses am 27.11.2006 wird einstimmig genehmigt.

## **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:

## **Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

**Kreisrat Dipl.-Kfm. Höhl** erklärt,

- a) dass die Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung (KDU) auf nunmehr 31,2 v.H. festgelegt worden sei. Lediglich in den Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz seien wegen stark abweichender Kosten andere Beteiligungen normiert worden. Für die Jahre bis 2010 solle es bei dem Satz von 31,2 v.H. bleiben. Die Angemessenheit der Bundesbeteiligung solle mit dem Ziel einer gesetzlichen Neuregelung erst im Jahre 2010 wieder überprüft werden. Für die Zwischenzeit sei eine komplizierte Anpassungsformel gewählt worden. Ein Faktor dieser Berechnung sei die Anpassung der Bundesbeteiligung an die Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften. Dass mit dieser durchschnittlichen Quote von 31,8 v.H. die zugesagte Gesamtentlastung der Kommunen noch nicht erreicht wird, ist allen Beteiligten bewusst.
- b) dass bis zur endgültigen Festsetzung der Finanzausgleichsleistungen für das Jahr 2007 noch das Nds. Finanzausgleichsgesetz geändert werden müsse. Die aufgrund der Sozialhilfelasten für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen vorgenommene Einwohnererhöhung könne nicht mehr wie bisher erfolgen, da das Arbeitslosengeld II die Sozialhilfe ersetzt habe und somit ein neuer Modus gefunden werden müsse. Der Nds. Landkreistag habe ein Konzept vorgelegt, dass u.a. Fläche, Infrastruktur, Altersstruktur berücksichtige. In diesem Zusammenhang habe man auch an die politische Zusage zur Stärkung des ländlichen Raumes erinnert. Die Änderung erfolge voraussichtlich erst zum 01.04.2007.

**Abg. Helberg** weist darauf hin, dass sich ein Flächenfaktor für den Landkreis Rotenburg günstig auswirke und vor der Wahl zugesagt worden sei.

## **Punkt 5 der Tagesordnung: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2007 mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2007**

**Kreisrat Höhl** gibt einen Überblick über die Änderungen, die sich seit der Finanzausschusssitzung am 27.11.2006 ergeben haben bzw. von den Fachausschüssen empfohlen worden sind und ihre Auswirkungen auf den Fehlbedarf des Haushaltes (*siehe anliegende Übersichten*).

Da u.a. die europaweite Ausschreibung von Reinigungsleistungen zu Ersparnissen führt, ergeben sich Fragen zu der beauftragten Firma, die für die Dauer von 5 Jahren den Auftrag erhalten hat (*vergleiche Niederschrift zur Kreisrausschusssitzung vom 28.11.2006*).

**Abg. Steppat** fragt, ob der im Fachausschuss beschlossene Verkauf des Bullenseekomplexes keine Berücksichtigung im Haushalt gefunden habe. **Kreisrat Höhl** erklärt, dass eine Veranschlagung im Vermögenshaushalt nicht nötig sei, da es sich hier nicht um einen Verkauf sondern

um eine Vermögensübertragung handele und ein Beschluss des Kreistages ausreiche.

**Kreisrat Höhl** schließt seinen Vortrag mit einem Ausblick auf die Finanz- und Investitionsplanung, die für die Zukunft Hoffnung aufkommen lasse.

**Vorsitzender Holsten** dankt Herrn Höhl für die ausführlichen Erläuterungen und bittet nunmehr die Fraktionen um ihre Stellungnahmen zum vorliegenden Haushalt 2007.

**Abg. Helberg** dankt zunächst der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Der Haushalt sei zwar noch nicht in allen Punkten gut, aber seine Fraktion könne ihn durchaus mittragen. Im Unterschied zu den Vorjahren sei das gute Arbeitsklima zwischen den Fraktionen, dem Landrat und dem Kämmerer zu erwähnen. Sein persönlicher Wunsch sei, Gespräche möglichst noch zeitiger zu führen, um sachgerechte Kompromisse und Lösungen zu erreichen.

Positive Aspekte des Haushaltes seien u.a. die Sportförderung, die Förderung der Denkmalpflege, die Förderung von Tandem e.V., die nicht steigenden Schülerbeförderungskosten sowie die auf den Weg gebrachte Busschnelllinie. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob nicht auch für die Strecke Seedorf - Scheeßel eine derartige Einrichtung in Frage komme. Weiterhin im Auge behalten müsse man die Kosten der Heimerziehung und den Sanierungsbedarf der Kreisstraßen. Zum UA 1150 Schwarzarbeitbekämpfung bittet der **Abg. Helberg** um Klärung, warum die Sachkosten immer noch gleich seien, obwohl Ermittlungen nicht mehr erfolgen. (*Protokollnotiz: Verteilungsschlüssel wird am Jahresende bei der Auflösung des Sammelnachweises angepasst.*)

Eine Senkung des Kreisumlagehebesatzes wäre seiner Ansicht nach durchaus gerechtfertigt gewesen; der Landkreis profitiere von den höheren Schlüsselzuweisungen doppelt, einmal selbst und dann durch Abschöpfung bei den Samtgemeinden über die Kreisumlage. Außerdem, so **Abg. Helberg**, würde die Senkung der Kreisumlage bei den Gemeinden unmittelbar Mittel für Investitionen frei setzen, beim Landkreis würde die höhere Kreisumlage zum Defizitabbau eingesetzt.

**Abg. Helberg** weist auf die im nächsten Jahr anstehenden Gehaltserhöhungen um 3 % hin und betont, dies dürfe im nächsten Jahr nicht als Grund für die Beibehaltung des Kreisumlagehebesatzes angeführt werden.

Anhand des Vermögenshaushaltes sehe man, wie wenig der Landkreis investieren könne. Bei einer verbesserten Finanzlage sollten die von einigen Gemeinden vorfinanzierten Schulbaukosten umgehend verstärkt zurückgezahlt werden, damit die Gemeinden Zinszahlungen sparen.

Stellenplan und Personalkosten müssten stets genau betrachtet werden, da bei künftigen Tarifverhandlungen mit wachsenden Forderungen zu rechnen sei.

Abschließend betont **Abg. Helberg** nochmals das Einverständnis seiner Fraktion mit dem Gesamthaushalt 2007; weiterhin nicht einverstanden sei man mit der Höhe des Jagdsteuerhebesatzes von 14 v.H..

**Abg. Bargfrede** weist auf den erfreulichen Abschluss 2006 hin und hofft, dass dies auch für 2007 eintreten werde. An die Summe der Kassenkredite dürfe man sich nicht gewöhnen; sie müssten unbedingt abgebaut werden um die hohen Zinsen zu sparen.

Seine Fraktion habe in diesem Jahr den Schwerpunkt des Haushaltes auf die Konsolidierung gelegt. Davon ausgenommen worden seien: Förderung von Familie und Kinderbetreuung, Tourismus und Wirtschaftsförderung, zusätzliche ÖPNV-Förderung. Über die Einrichtung und Mitfinanzierung einer Buslinie Seedorf - Scheeßel müsse man reden. Beim Stellenplan sei erfreulich, dass 7 Stellen entfallen sind; unerfreulich aber, dass gleichzeitig 7 neue Stellen erforderlich seien. Mit der Problematik Rettungsdienst müsse man sich noch verstärkt auseinandersetzen. Seine Fraktion habe eine Senkung der Kreisumlage nicht diskutiert, da sie aus seiner Sicht frühestens in Frage komme, wenn die Fehlbeträge abgebaut seien. Der Landkreis müsse in die Lage gebracht werden, wieder selbst zu investieren. Die vorerwähnten Ausnahmen seien das, was gera-

de noch tragbar sei. Zum Abschluss stellt **Abg. Bargfrede** fest, dass inzwischen in vielen Punkten Übereinstimmung zwischen allen Fraktionen bestehe.

Die **Abg. Twesten** zeigt sich erfreulich, dass eine schwerpunktmäßige Übereinstimmung erreicht werden konnte. Bezüglich des Rettungsdienstes äußert sie, dass man die Entwicklung abwarten müsse.

Die allgemeine Haushaltsslage zwingt zum Sparen. Man müsse den politischen Auftrag an die Vertreter in den Gremien bei Bund und Land richten, dass die Belastungen bei den Kosten der Unterkunft nicht zum Dauerzustand werden. Die Schwerpunkte ihrer Fraktion sehe sie im ÖPNV, bei der frühkindlichen Betreuung und bei der nötigen Sanierung der Straßen. Die Einführung eines demographischen Faktors im künftigen Finanzausgleich sei sicherlich positiv zu bewerten. Sorgen bereiten ihr weiterhin die hohen Ausgaben für Energie. Daher bittet die **Abg. Twesten** die Verwaltung zu prüfen, inwieweit man z.B. Photovoltaik-Anlagen einsetzen könne. Hierfür sei eine Kofinanzierung über die KfW-Bank möglich.

Der **Abg. Steppat** wünscht sich, mehr tun zu können. Aber bei dem eingeeengten Spielraum würden nur drei Dinge bleiben: Schuldenabbau, Kreisumlagesenkung, Investitionen. Aber alles gehe nicht. Unzufrieden sei er mit der Entwicklung der Höhe der Personalkosten; es sei zu wenig abgebaut worden.

**Kreisrat Höhl** erinnert an die zusätzlichen Aufgaben (Schlachthof, ArRoW, Bezirksregierung), die der Landkreis zu erfüllen habe. Die Aufgabenübertragung von der Bezirksregierung sei ohne zusätzliche Stellen durchgeführt worden und somit eine Einsparung erfolgt.

**Abg. Dreyer** erinnert an das Vorhaben des Personalkostenabbaus. In diesem Zusammenhang bittet er um Information, was eigentlich aus der Stabstelle geworden sei. Des weiteren dankt er dem Landkreis für die Beibehaltung der Sportförderung, die in weiten Teilen des Landes Niedersachsen nicht mehr erfolge, so dass die hiesigen Vereine Mittel des Landessportbundes stärker frequentieren konnten als andere. Auch **Abg. Dreyer** setzt sich dafür ein, dass die Gemeinden, die Schulbauten vorfinanziert haben, vorrangig bedient werden, wenn entsprechende Mittel vorhanden sind bevor neue eigene Investitionen in Angriff genommen werden.

**Abg. Gajdzik** erklärt, die Personalkosten seien zwar ein großer Brocken, aber der Landkreis habe auch ein breites Aufgabenspektrum abzarbeiten. Seiner Ansicht nach sei der Kreis mit einer verantwortungsbewussten Führungsmannschaft und Mitarbeitern ausgestattet. Es sei zu einfach, nur nach weniger Ausgaben zu fordern.

**Abg. Helberg** mahnt brauchbare und intelligente Personalkonzepte an, die keine Entlassungen, sachgerechte Lösungen sowie Überlegungen zur Aufgabenerledigung (öffentlich- oder privatrechtlich) enthalten würden.

**Kreisrat Höhl** erinnert daran, dass das jetzt im Haushalt eingestellte Programm „Familie mit Zukunft“ fünf Personalstellen umfasse. Auch beim vom Bund beschlossenen Elterngeld sei für die Durchführung Personal nötig. Hier würden in anderen Ebenen Beschlüsse gefasst, die jetzt zu nötigem Personal beim Kreis führen würde.

Die von Herrn Dreyer angesprochene Stabstelle gebe es in der bisherigen Form nicht mehr. Sie sei in das Haupt- und Personalamt integriert worden und beschäftige sich weiterhin mit Organisationsuntersuchungen, E-Government und Kennzahlenvergleichen. Für die Zukunft sei eine Verzahnung mit dem Finanzbereich und der Aufbau eines Controllings geplant.

Auch **Abg. Bargfrede** und **Vorsitzender Holsten** meinen, dass man lange nichts mehr von der Stabstelle gehört habe. Daher bitten sie, was von allen Ausschussmitgliedern unterstützt wird, in einer der nächsten Kreisausschusssitzungen einen Bericht über die Arbeit vorzulegen.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, verliert der **Vorsitzende Holsten** den Beschlussvorschlag.

### **Beschluss:**

Der Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2007 mit dem Haushaltsplan 2007 wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen. Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2007 wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:

Punkt 6 der Tagesordnung: **Investitionsprogramm 2006 bis 2010 und Finanzplan 2006 bis 2010**

---

Da keine Wortmeldungen vorliegen, bringt **Vorsitzender Holsten** die Vorlage zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Das Investitionsprogramm 2006 bis 2010 wird beschlossen.

Der Finanzplan 2006 bis 2010 wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:

Punkt 7 der Tagesordnung: **Richtlinie für die Aufnahme von Krediten nach § 92 Abs. 1 Satz 2 NGO**

---

**Abg. Dreyer** stellt fest, dass die Richtlinie nicht vom bisherigen Verfahren abweiche. Lediglich beibehalten sollte man doch das praktizierte Vier-Augen-Prinzip (Mitzeichnung des Vorsitzenden des Kreistages oder des Finanzausschusses).

### **Beschluss:**

Die Richtlinie für die Aufnahme von Krediten gemäß § 92 Abs. 1 Satz 2 NGO wird beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:

Punkt 8 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen - Unterrichtung**

---

Der Finanzausschuss nimmt die eingetretenen Haushaltsüberschreitungen zur Kenntnis.

**Beschluss:**

Hier beginnen

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

---

Da keine Fragen gestellt werden, schließt **Vorsitzender Holsten** den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.05 Uhr.

(Holsten)  
Vorsitzender

(Höhl)  
Kreisrat

(Panzer)  
Protokollführerin